

Energiekrise: Der Fall Uniper: Der Staat als Unternehmer?

Zuletzt aktualisiert am 30.09.2022 12:53 Uhr
Veröffentlicht am Mittwoch, 28.09.2022 00:00 Uhr

© The Pioneer

Russlands Gasstopp stellt Deutschland vor große Herausforderungen – besonders stark hat es auch das Energieunternehmen Uniper getroffen. Um Uniper zu retten, wurde das Unternehmen verstaatlicht. War dies der richtige Schritt? Nein, sagt Ulrich Harnacke. Wieso, erläutert er in diesem Beitrag.

Schon zum Jahreswechsel 2021/2022 zeigte sich, dass Uniper das Gashandelsgeschäft vielleicht doch nicht so gut beherrscht wie ihre Vorgängerin Ruhrgas. Aufgrund von schlechtem Margining, also der Absicherung des Gashandels mit ausreichender Liquidität, musste Uniper zu den bereits abgerufenen 1,8 Milliarden Euro bei ihren Kreditgebern weitere acht Milliarden beim Gesellschafter Fortum und zwei Milliarden bei der KfW besorgen.

Sowohl im Vorstand wie im Aufsichtsrat ist der Sachverstand in diesem von hohem Risiko geprägtem Geschäft wohl nicht ausreichend vertreten?

Zum Abschluss des ersten Quartals, also kurz nach dem Beginn der Ukraine-Krise, verschärfte sich die Situation dramatisch. Der Quartalsverlust von 1,9 Milliarden konnte mit Abschreibungen auf die Darlehen an Nord Stream 2 von 1 Milliarde sowie Abschreibungen auf Firmenwerte und Anlagevermögen in Russland von 0,8 Milliarden erklärt werden. Das Eigenkapital des Konzerns sank von 6,8 Milliarden zum 31.12.2021 auf 3,1 Milliarden zum 31.3.2022. Schon zu diesem Termin musste das Unternehmen mit täglichen Verlusten von 60 Millionen Euro aufgrund der Liefereinschränkungen russischen Gases rechnen.

Somit war absehbar, dass das Eigenkapital bereits zum 30.6.2022 aufgezehrt sein würde. In der Berichterstattung des Unternehmens an die Öffentlichkeit und den Kapitalmarkt war davon nichts zu lesen! Vielmehr wurde die positive Ergebnisprognose am 26.4. aufrecht erhalten. Diese nahm man erst am 29.6. zurück, ohne konkrete Zahlen zu nennen. Vielmehr verwies der Uniper-Vorstand auf die Erwartung, die Belastungen durch die Feststellung einer Gasmanngelage teilweise weitergeben zu können. Mutig, denn von einer Gasumlage war damals noch nicht die Rede und die Kunden von Uniper hätten diese Mehrbelastungen gar nicht tragen können.

Im normalen Umfeld würde man von einer Konkursverschleppung sprechen.

Uniper-CEO Klaus-Dieter Maubach © Anne Hufnagl

Die Zahlen zum 30.6. 2022 fielen katastrophal aus. Nach einem Jahresfehlbetrag allein im zweiten Quartal von 9,3 Milliarden, also gut 100 Millionen pro Tag, ist das Eigenkapital des Uniper-Konzerns negativ mit 4,5 Milliarden. Der Vorstandsvorsitzende Klaus-Dieter Maubach, der in seiner vorherigen Funktion bei E.ON für das risikolose Netzgeschäft zuständig war, bezifferte die zu erwartenden Verluste des zweiten Halbjahres auf 100 Millionen täglich, an einzelnen Tagen könnten es auch einmal 200 Mio. sein – es kommt

wohl nicht so genau darauf an? Man selbst sei unschuldig, Gazprom sei schuld. Ende 2024 erwarte man aber wieder Gewinne - woher sollen die den kommen und wie soll das Unternehmen überhaupt noch bis 2024 durchhalten?

Bei dieser Lage ist es offensichtlich, dass kein Investor in diese Gesellschaft auch nur einen Euro investiert. Was ist zu tun?

Da entsinnt sich der Vorstandsvorsitzende seines alten Freundes Volker Schenk von Parella Weinberg, der wird den Staat als einzig möglichen Retter schon überzeugen. Schließlich soll das Unternehmen als Ganzes erhalten bleiben, denn ein Scheitern will das Management nicht zugeben. Die gute Idee, dass der Staat vielleicht für einen symbolischen Euro die systemrelevanten Gashandelsaktivitäten und Speicher übernimmt und den Rest sowie alle Schulden dem unglücklichen Anteilseigner Fortum, einem besseren Stadtwerk aus Finnland, das ein ungewollter Übernehmer der Anteile an Uniper war, überlässt, durfte somit nicht umgesetzt werden.

© dpa

Nun kommt die große Stunde des Wirtschaftsministeriums und des Ministers Habeck: Der Staat als Unternehmer. Nachdem sich ein zunächst angedachtes 15 Milliarden Rettungsmodell mit einem Einstieg des Staates in Höhe von 30 Prozent der Anteile zu 0,3 Milliarden zuzüglich einer Wandelanleihe von 7,7 Milliarden und eines Kredites von 7 Milliarden als nicht ausreichen erwies, wurde aufgestockt.

Schon im Juli war zu fragen, warum man Fortum einen Anteil von über 50 Prozent an Uniper belässt und die Unternehmensrettung allein durchführt? Warum werden nicht alle Anteile ohne Entgelt übernommen, das Unternehmen hatte keinen Wert mehr? So bleiben sogar die von Fortum gewährten Kredite werthaltig! Alles zu Lasten des deutschen Steuerzahlers und zugunsten des Managements und der Investmentbank.

Diese Bedenken wurden nicht diskutiert, es kommt zum zweiten Rettungspaket, diesmal im atemberaubenden Volumen von 29 Milliarden Euro. Dabei sollte heute schon klar sein, dass die Summe von 29 Milliarden nicht ausreichen wird, und so ist in der Vereinbarung des Wirtschaftsministeriums mit Uniper und Fortum ein „Blankoscheck“ enthalten. Über die KfW Darlehen von 13 Milliarden hinaus werden weitere Finanzierungsmittel entsprechend des Liquiditätsbedarfs zur Verfügung gestellt. Schließlich errechnet sich bei täglichen Verlusten zwischen 100 und 200 Millionen ein möglicher Fehlbetrag allein für das zweite Halbjahr 2022 von 27 Milliarden! Wir rechnen: Eigenkapital 30.6. -4,6 zuzüglich Verluste zweites Halbjahr 27,0 abzüglich Eigenkapitalzufuhr 8,0 = -23,6 Milliarden zum 31.12.2022.

Es ist zu bezweifeln, dass die Gasumlage ab Oktober das auffangen kann.

Neben der bisherigen Kreditzusage von 13 Milliarden, 11 sind bereits in Anspruch genommen, erfolgt eine Kapitalerhöhung von 8 Milliarden und man kauft die -völlig wertlosen- Fortum Anteile zu 0,5 Milliarden an. Darüber hinaus ist der deutsche Staat so großzügig, den Finnen ihre -ebenfalls wertlosen- Darlehen und Garantien von 8 Milliarden zurückzugeben.

Eine Infografik mit dem Titel: Uniper: Freier Fall

Aktienkurs von Uniper seit dem 26. September 2021, in Euro

<https://www.thepioneer.de/graphics/uniper-freier-fall>